EP-W-01-102-2

A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 102 bis 107:
Die Worte der Zeilen 103 – 111 sind zu streichen und zu ersetzen durch:

Atomausstieg in Europa umsetzen

Obwohl die Hochrisikotechnologie Atomkraft völlig ungeeignet ist, die Erdüberhitzung zu bekämpfen, planen einige Länder in der EU den Neubau oder Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken. Wir aber werden vom Europäischen Parlament aus dafür arbeiten, den Atomausstieg europaweit umzusetzen.

~~Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energieerzeugung und sie ist nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen. Sie ist erheblich teurer als Erneuerbare, mit hohen Risiken verbunden und gerade in Zeiten von Hitze und Dürre unzuverlässig. Der Bau neuer Kraftwerke ist teuer und langwierig. Der Müll belastet noch unzählige nachfolgende Generationen. Wir setzen in der EU nicht auf Atomkraft als taugliche Form der Energiegewinnung.~~

Atomkraft kostet erheblich mehr als Erneuerbare Energien, ist mit hohen Risiken verbunden und fällt immer häufiger aus. Die Gefahr des Mißbrauchs zum Bombenbau ist nie vollständig auszuschließen. Der Bau neuer Kraftwerke ist teuer, langwierig und volkswirtschaftlich unrentabel. Das gilt auch für Kernfusionsreaktoren. Falls sie überhaupt in einigen Jahrzehnten konstruierbar sein sollten, kämen sie zudem viel zu spät für den Klimaschutz.

Gegenwärtig macht die ständige Bedrohung ukrainischer AKWs durch Russland allen klar: AKWs sind gegen offene und verdeckte Kriegsführung kaum zu sichern. Der Müll gefährdet unzählige nachfolgende Generationen. Es ist unverantwortlich, alternde Atomkraftwerke, die für eine Laufzeit von maximal 40 Jahren konzipiert wurden, 60 Jahre und länger am Netz zu lassen. Wir lehnen das ab. Die ältesten und gefährlichsten Reaktoren sind sofort abzuschalten. Brennelementfabriken sind schnellstmöglich zu schließen. Russland-Sanktionen sind auf alle Atomgeschäfte anzuwenden. Atomtransporte müssen auf ein Minimum beschränkt und streng überwacht werden. Sicherung gegen Terroranschläge muss gewährleistet sein. Forschungsreaktoren dürfen nicht mehr mit hochangereichertem Uran betrieben werden. Für Zwischen- und Endlager vor allem von hochradioaktivem Atommüll fordern wir Standortsuchen mit größtmöglicher Transparenz, grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung und höchsten Sicherheitsstandards.

Koordiniert vom Europäischen Parlament soll der Euratom-Vertrag gründlich reformiert werden. Alle Passagen zur gemeinsamen Haftung der Mitgliedsstaaten für Atomunfälle, zu Investitionen, Forschungsförderung und Privilegierung von AKW-Projekten durch milliardenschwere Subventionen sind zu streichen. Betreiberstaaten sollen auch für grenzüberschreitende Auswirkungen haften. Die Sicherheit von Rückbau und nuklearer Entsorgung soll zur zentralen Aufgabe von EURATOM werden.

Begründung

Dem an dieser Stelle sehr schwachen Leitantrag fehlen mehrere Kernforderungen, die wir aus sehr guten Gründen in unser Europawahlprogramm von 2019 (https://wolke.netzbegruenung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2018-11-Leipzig&openfile=28918493 , dort S. 17f.) und unser Bundestagswahlprogramm von 2021 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_2021.pdf , dort S. 28f.) aufgenommen haben, nämlich:

- Nein zu Laufzeitverlängerungen, nein zu Neubauplänen,
- Brennelementfabriken schnellstmöglich schliessen,
- möglichst wenige, streng überwachte Atomtransporte,
- Sicherung gegen Terroranschläge,
- Sicherung gegen Proliferationsrisiken,
- Standortsuche für Zwischen- und Endlager mit größtmöglicher Transparenz, grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung und bestmöglichen Sicherheitsstandards
- grundlegende, auf Sicherheit konzentrierte Reform des Euratom-Vertrags mit dem Ende der Subventionierungs- und Haftungsbegrenzungsprivilegien.

Dies entspricht übrigens auch den Absätzen 66 und 67 unseres Grundsatzprogramms (https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf , dort S. 23).

Die Formulierung auf Zeile 108-111 erweckt ungeschickterweise auch noch den Eindruck, als ob Grüne „eigentlich“ von der Kernfusion, ihren Chancen und Potenzialen begeistert seien und nur aus Zeitdruck andere Arten der Energiegewinnung bevorzugten - ein grobes Missverständnis, dass wir gar nicht erst aufkommen lassen sollten.

Der Leitantragstext schweigt sogar über die inzwischen durch den Ukrainekrieg eigentlich allen vor augen stehende gewordene Gefährdung von Atomanlagen durch Kriegswaffen und die damit noch viel dringlicher gewordene Notwendigkeit des Atomausstiegs – weltweit und speziell auf dem von uns bewohnten Kontinent.

Wir sollten den Wahlberechtigten deutlich sagen, dass wir den Atomausstieg vom Europaparlament aus beschleunigen, koordinieren und kontrollieren wollen. Wir sollten knapp, aber überzeugend darlegen, warum wir das wollen und was alles dazu gehört - klar und konkret. Daher soll diese umfassende Neuformulierung das Wichtigste vom bis jetzt Fehlenden ergänzen. Das Brauchbare im Leitantragtext ist dabei integriert.

weitere Antragsteller*innen

Axel Horn (KV München-Land); Susanne Litzel (KV Berlin-Mitte); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Jürgen Heßler (KV Frankfurt); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Anne Franke (KV Starnberg); Sandra Smolka (KV Freising); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Pedro Brosei (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Beate

Sattler-Ashoff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Matthias Striebich (KV Forchheim); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Christiane Heider (KV Berlin-Reinickendorf); Arne Winkelmann (KV Wittmund); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.